

34/35
75

Union in Deutschland

Bonn, den 21. August 1975

Wirtschaftspolitik der Regierung ist gescheitert

Die Bundesrepublik Deutschland durchlebt die stärkste Wirtschaftskrise seit ihrer Gründung. Auch das jetzt veröffentlichte Sondergutachten des Sachverständigenrates kommt nicht umhin, für das Jahr 1975 bedrückende Fakten einer tiefgreifenden Rezession festzustellen. Zu diesem Gutachten erklärte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl:

Der Sachverständigenrat bestätigt, daß die Bundesregierung 1975 mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert ist.

- Rückgang des Sozialprodukts von drei Prozent,
- Inflationsrate von sechs Prozent und
- Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf etwa 1,5 Millionen,

das steht in scharfem Widerspruch zu den Aussagen des Bundeskanzlers am Jahresbeginn, zu den Zielprognosen des Jahreswirtschaftsberichts und zur Wahlpropaganda der SPD, insbesondere vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Die CDU ist mit dem Sachverständigenrat der Auffassung, daß 1976 ein reales Wachstum von sechs Prozent notwendig wäre; sie sieht aber die Voraussetzung dafür noch keineswegs gesichert.

LEITLINIEN

Die „Leitlinien zur Freizeit in einer freiheitlichen Gesellschaft“ hat eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schäuble erarbeitet und jetzt vorgelegt.

Seite 4

WIRTSCHAFT/ FINANZEN

Die Bundesregierung ist mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik gescheitert. Die Konzeption der Union für einen Ausweg aus der Krise hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg vorgelegt.

Selten 5—8

AKTION

Mit einer Aktion „Bürger helfen Bürgern“ will die Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU den Bürger wieder zu mehr Partnerschaft und Mitverantwortung aufrufen.

Seite 11

SDAJ

Unkenntnis der Öffentlichkeit über den rein kommunistischen Charakter der SDAJ hat dieser DKP-Jugendorganisation Zutritt zu Stadt- und Kreisjugendringen mit entsprechenden Subventionen aus öffentlichen Mitteln verschafft.

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Kohl für eine Direktwahl in das Europaparlament

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat „entscheidende Schritte“ in Richtung auf eine „Entwicklung zur europäischen Souveränität“ und zu vereinigten Staaten in Europa gefordert. Andernfalls werde der Kontinent in der Weltpolitik „immer weiter absacken“. Einer der „machbaren“ Schritte sei die Direktwahl der Abgeordneten in das Europäische Parlament. Helmut Kohl will sich zudem dafür einsetzen, daß 1976 mehr qualifizierte Frauen in den Bundestag einziehen können. Er kündigte an, er werde die Landesverbände auffordern, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen.

Mitgliederzuwachs trotz Ferienzeit

Einen „für die Ferienzeit ungewöhnlich hohen Zuwachs an neuen Mitgliedern“ hat der Bundesgeschäftsführer der CDU, Karl-Heinz Bilke registriert. Danach verzeichnete die CDU Ende Juli 1975 579 618 Mitglieder. Mit 3 045 Neuzugängen im Ferienmonat Juli ist die CDU ihrem Ziel, noch in diesem Jahr die „Marke 600 000“ zu erreichen, nach Ansicht Bilkes ein beträchtliches Stück näher gekommen.

Wählertrend zur Union

Nach dem Ergebnis einer Meinungsumfrage der Wickert-Institute in Tübingen liegt die Union in der Wählergunst gegenwärtig vorn. Auf die Frage an 1955 Wahlberechtigte in 365 Orten des Bundesgebiets: „Wenn am nächsten Sonn-

tag Bundestagswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“ nannten in der vergangenen Woche 55 Prozent die CDU, 35 Prozent die SPD, neun Prozent die FDP und ein Prozent andere Parteien. Eine gleiche Umfrage im Juli hatte 52 Prozent für die CDU, 38 Prozent für die SPD, acht Prozent für die FDP und zwei Prozent für andere Parteien ergeben.

Türkische Partei will mit CDU zusammenarbeiten

Die türkische Gerechtigkeitspartei wird künftig mit ihren deutschen Schwesterparteien CDU und CSU enger zusammenarbeiten. Ein entsprechendes Angebot, das der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz im Auftrag des CDU-Vorsitzenden Kohl unterbreitete, wurde vom Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei, Ministerpräsident Suleiman Demirel, angenommen. Wie Schwarz erklärte, soll sich die Kooperation vor allem auf die NATO, die Europäische Gemeinschaft und den Europarat erstrecken.

Zivilbevölkerung ohne Schutz

Höchstens drei Prozent der Bürger in der Bundesrepublik können im Kriegsfall Zuflucht in Schutzräumen finden. Diese aus Anlaß des 30. Jahrestages des Atombombenabwurfs über Hiroshima von der „Bürgerinitiative Selbstschutz gegen den Atomtod“ bekanntgegebene Zahl zeigt das Ausmaß der Vernachlässigung des zivilen Bevölkerungsschutzes ebenso deutlich, wie die bei der niedersächsischen Waldbrandkatastrophe gewonnenen Erfahrungen. Die bisherigen Hemmungen in der Bundesrepublik, zivilen Bevölkerungsschutz zu betreiben, weil sonst die Bundesrepublik in den Geruch aktiver Kriegsvor-

bereitungen geriete, werden dadurch gegenstandslos, daß die klassisch neutralen Länder Schweden und Schweiz ohne Bedenken dafür gesorgt haben, daß 80 Prozent ihrer Bevölkerung in Schutzräumen untergebracht und langfristig gepflegt werden können.

Negativsymbol der Entspannung

Die Berliner Mauer macht deutlich, daß es in Europa keine Entspannung geben kann und geben wird, solange dieses „Negativsymbol der Entspannung“ besteht, stellte der CDU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel zum Gedenken an den 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, fest. Wrangel, Vorsitzender des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen, meinte, über diese Tatsache könnten auch wortreiche KSZE-Dokumente nicht hinwegtäuschen, „die das entscheidende Berlin-Problem nicht einmal zu erwägen wagen“. Wer echte Entspannung wolle, könne Berlin nicht aussparen. Im Interesse ihrer Sicherheit sei daher die freie Welt genötigt, vom Osten die Beseitigung der Mauer zu verlangen.

Verbraucherpolitik vor Ort

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Paula Riede will eine Woche lang als Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft in Waiblingen bei Stuttgart tätig sein, um selbst zu prüfen, ob die Geschäfte in der Bundesrepublik nicht doch länger geöffnet bleiben könnten. Es gibt nach Ansicht von Frau Riede keinen Grund, das gegenwärtige Ladenschlußgesetz als „für alle Zeit zementiert“ anzusehen. Nach ihrer Meinung müßte es möglich sein, beispielsweise am Donnerstag- und Freitagabend die Geschäfte länger offenzuhalten.

STICHWORTE

Der Vorsitzende der CDU,

Helmut Kohl, wird auf Einladung der sowjetischen Regierung vom 20. bis 27. September die Sowjetunion besuchen.

Mehr als 40 Milliarden Mark

wird 1975 die Deckungslücke des Bundeshaushalts betragen. Neuschuldenlast der gesamten öffentlichen Hände: etwa 70 Milliarden Mark.

Das UNO-Defizit

beträgt 90 Mio. Dollar und steigt weiter an. Säumigste Beitragszahler: Ostblock und Entwicklungsländer. Bonn trägt 7,1 Prozent des Gesamtbudgets.

Arbeitslose

können auf Wunsch bevorzugt in die Bundeswehr einberufen werden.

Mehr als 15 Prozent

seines Familienetats mußte ein Vier-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen 1974 für die Miete aufbringen.

Die Fluglotsen

machen die „schweren Mängel des deutschen Flugsicherungssystems für die 150 Beinahe-Zusammenstöße“ im ersten Halbjahr 1975 über der Bundesrepublik verantwortlich.

Für eine Verlängerung

der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst von 40 auf 41 Stunden hat sich der rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel ausgesprochen.

Weniger als zwei Millionen

Einwohner wird nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) West-Berlin im Jahr 1980 haben.

LEITSÄTZE

Freizeit muß Privatsache des Bürgers bleiben

Ihre „Leitsätze zur Freizeit in einer freiheitlichen Gesellschaft“, die in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schäuble formuliert wurden, hat die CDU vorgelegt.

Drei bedenkliche Entwicklungen haben die CDU veranlaßt, sich der Frage der Freizeit mit besonderem Nachdruck anzunehmen:

- ① die wachsende Einflußnahme staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte auf den privaten Entscheidungsbereich der Bürger;
- ② eine zunehmende Kommerzialisierung bei den Angeboten zur Gestaltung der Freizeit;
- ③ Die Benachteiligung ganzer Gruppen — etwa der Alten, der Behinderten, der Kinderreichen und auch der ausländischen Arbeitnehmer — in den Freizeitprogrammen.

Die Leitsätze der CDU unterstreichen in Übereinstimmung mit den Aussagen des Berliner Programms und der Grundsatzkommission, daß weder der Staat noch gesellschaftliche Kräfte ein Recht haben, den Menschen bei der Gestaltung seiner Freizeit zu gängeln oder zu reglementieren.

Dieser Freiheitsraum darf auch nicht durch einen rein kommerziellen, in seinem Erholungswert höchst problematischen Freizeitrummel eingeengt und überwuchert werden.

Schließlich: Das Verständnis der CDU von sozialer Gerechtigkeit und von Solidarität verpflichtet die Partei, sich vor allem jener benachteiligten Gruppen und Schichten anzunehmen, die von sich aus keinen Zugang zu den Möglichkeiten einer sinnvoll genutzten Freizeit haben.

Weil eine wohlgenutzte Freizeit ein gewisses Maß an Bildung voraussetzt, mißt die CDU dem freizeitpädagogischen Aspekt eine besondere Rolle zu. Die Schule, die Erwachsenenbildungseinrichtungen und vor allem auch die Medien übernehmen hierbei eine wertvolle Aufgabe.

Eine ersprießliche Freizeit wird es nur dann geben können, wenn gewisse äußere Voraussetzungen erfüllt sind. Hier werden u. a. die Aufgaben der Raumordnung, der Landes- und Stadtentwicklung angesprochen. Die CDU setzt sich in ihren Leitsätzen darum für den Ausbau von Naturparks und Sportplätzen, für Theater und Museen, für Spielplätze und aufgelockerte Wohnlandschaften ein. Warnschilder wie „Zugang zum Seeufer gesperrt!“ und „Betreten des Waldes verboten!“ passen nicht zu den Vorstellungen der CDU von der Freizeit.

Die Leitsätze der CDU nennen als einen besonders wirkungsvollen Ort praktisch erfüllter Freizeit den Verein. Dabei ist an den Sportverein — darüber hinaus aber an das ganze weitverzweigte System von Vereinen und Klubs gedacht, die einen wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens in unserem Lande bestreiten. Diesen Vereinen, die wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben — etwa soziale Kontakte, Kommunikationsfähigkeit — wahrnehmen, billigt die CDU bei einer entsprechenden Eigenleistung eine großzügige öffentliche Förderung zu.

■ WIRTSCHAFT/FINANZEN

Die Alternativen der Union zur Überwindung der Krise

In diesen Sommerwochen sprechen unabhängige Sachverständige und zunehmend auch Politiker aller Parteien intensiver über die Probleme der Rezession und der Finanzkrise. Aber: ein Konzept der Bundesregierung für ein angemessenes Handeln zeichnet sich nicht ab. Für eine neue Politik zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Festigung der bedrohten Grundlagen unseres Systems sozialer Sicherung muß der Ausgangspunkt eine umfassende und ehrliche Bestandsaufnahme sein, fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, der in Frankfurt die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Forderungen zur Überwindung der Krise vorlegte.

Die wichtigsten Veränderungen der letzten Jahre sind: Der Staatsanteil am Sozialprodukt erhöhte sich im schnellen Tempo, von 37 Prozent 1970 auf mindestens 45 Prozent im Jahre 1975 (Bundesfinanzministerium 20. Juni 1975).

Innerhalb der staatlichen Ausgaben vollzog sich eine gefährliche Verlagerung vom investiven Bereich auf die Verwaltungskosten, Konsumausgaben und Subventionen. Real (in Preisen von 1962) stagnierten die öffentlichen An-

lageinvestitionen mit 22,3 Milliarden DM 1970 und 22,4 Milliarden DM 1974 (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Nominal ergab sich eine Steigerung von 29,5 Milliarden DM auf 38,5 Milliarden DM.

Ebenso verfehlt war die Entwicklung im Bereich der privaten Investitionen. Real (in Preisen von 1962) ergab sich bereits 1974 mit 117,7 Milliarden DM, also vor dem vollen Wirksamwerden der Rezession, ebenfalls eine Stagnation gegenüber 1970 mit 117,6 Milliarden DM (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). 1975 ist mit einem erheblichen Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen der Industrie von etwa 18 Prozent zu rechnen.

Besonders alarmierend sind die sprunghafte Zunahme der Staatsverschuldung und die erhebliche Verschlechterung der Ertragslage der Betriebe. Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände (einschließlich Bahn und Post) stieg von 5,4 Milliarden DM im Jahre 1969 über 21,5 Milliarden DM 1972 auf mehr als 60 Milliarden DM 1975 (Bundesfinanzministerium). Somit beansprucht der Staat in diesem Jahr über 60 Prozent der gegenwärtig besonders hohen Sparkapitalbildung von voraussichtlich 90 bis 100 Milliarden DM. Beim Bund liegt — im Gegensatz zu den Vorschriften der Haushaltsordnung — die Kreditaufnahme erstmals erheblich über den Ausgaben für investive Zwecke und Beschaffungen.

Selbst wenn 1976 ein Ende der Rezession bringen würde, muß im nächsten Jahr auch ohne neue finanzwirksame Gesetze ein Anstieg dieses Gesamtdefizits auf über 70 Milliarden DM erwartet werden.

Eine erheblich verstärkte Investitionstätigkeit der Wirtschaft kann aufgrund der ständig verschlechterten Ertragsituation der Betriebe im wesentlichen nur durch Kredite finanziert werden. Das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stieg 1970 bis 1973 nominal im Durchschnitt nur um die Hälfte der Einkommensentwicklung aus unselbständiger Arbeit und ging 1974 bereits deutlich zurück. Unter Einbeziehung der Inflationsrate lag es Ende 1974 real unter dem Stand von 1970. Entsprechend sanken die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen von 18,7 Milliarden DM 1971 über 10,7 Milliarden DM 1973 auf 0,7 Milliarden DM 1974.

Verfehlte Steuerpolitik

Hier sind neben den Ergebnissen der Einkommenspolitik vor allem die Folgen einer verfehlten Steuerpolitik der Bonner Koalition sichtbar, die in erster Linie die gewinnunabhängigen Steuern massiv erhöhte und damit die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung erschütterte.

Schließlich sind durch die verfehlte Politik der letzten Jahre die finanziellen Grundlagen des Systems sozialer Sicherung erheblich geschwächt, in einigen Bereichen sogar ernsthaft gefährdet. So hat die Bundesanstalt für Arbeit 1975 ein Defizit von 9,8 Milliarden DM zu verzeichnen gegenüber einem Überschuß von 0,1 Milliarden DM 1969. Bei der Rentenversicherung muß im Gegensatz zu den Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Arbeit bereits

bis 1979 mit einem weitgehenden Abbau der Rücklagen und einer Gefährdung des Beitragssatzes von 18 Prozent gerechnet werden.

Die Kostenexplosion in der Krankenversicherung hat zu einer Erhöhung der Aufwendungen von 24,3 Milliarden DM im Jahr 1969 auf 50,4 Milliarden DM 1974 geführt. Damit stieg der Anteil der Kosten in diesem Bereich in sechs Jahren von 4 auf 5 Prozent des Brutto-sozialprodukts. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt, ist bereits Ende der 70er Jahre mit jährlichen Ausgaben von 100 Milliarden DM zu rechnen.

Schwere Krisen

Diese Bilanz zeigt: Die schweren Krisenerscheinungen in der Wirtschaft, bei den öffentlichen Finanzen, auf dem Arbeitsmarkt und in unserem System sozialer Sicherung sind nicht in erster Linie die Folgen kurzfristig veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen oder eines plötzlichen Rückgangs der Verbrauchernachfrage und der Investitionsneigung im eigenen Lande. Sie beruhen ganz überwiegend auf einer ständigen Überforderung der volkswirtschaftlichen und finanziellen Leistungskraft, einer falschen Gewichtung der öffentlichen Aufgaben sowie der Verschlechterung von gesellschaftspolitischen und steuerlichen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität.

Das waren politische Entscheidungen in Bonn. Die zusätzlichen beträchtlichen Wirkungen außenwirtschaftlicher Vorgänge seit dem Herbst 1973 kommen hinzu. Aber sie dürfen nicht länger als Alibi für gefährliche Fehlentwicklungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dienen.

Bundeskanzler Schmidt plant offensichtlich für den Herbst dieses Jahres einige kleinere Sparbeschlüsse in ganz be-

stimmten Sektoren, wie zum Beispiel der Arbeits- und Ausbildungsförderung, vielleicht auch bei Beamten und Bauern, um den Eindruck der Handlungsfähigkeit und des Mutes zur Unpopularität zu erwecken. Es ist jedoch weder in den Erörterungen noch in den Ankündigungen des Bundesfinanzministers auch nur der Ansatzpunkt für den Versuch einer erforderlichen Gesamtanierung durch umfassende Kürzungen und eine prinzipielle Neugewichtung der öffentlichen Aufgaben zu erkennen.

Nachdem einige Bundesländer für ihren Verantwortungsbereich umfassende Kürzungsbeschlüsse getroffen haben, fordert die Union die Bundesregierung auf, bei der Verabschiedung der mittelfristigen Finanzplanung im Herbst 1975 die Grundsatzentscheidungen für den Abbau der unerträglich hohen Kreditaufnahme von über 30 Milliarden DM allein für ihren Etat zu treffen. Anderenfalls könnte bereits 1976 der wachsende konkurrierende Finanzbedarf von Staat und Wirtschaft die Chancen einer Überwindung der Rezession im Ansatz gefährden. Vordringlich ist eine Verringerung des Anteils der Personal- und Verwaltungsausgaben am Gesamthaushalt. Auch der Bund muß für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung zu einem spürbaren Abbau seines Personalbestandes durch den Wegfall freiwerdender Stellen kommen.

Forderungen der Union

Dieses Ziel erfordert eine Vereinfachung der Gesetzgebung. Vorliegende Entwürfe hierzu, wie der Vorschlag der Finanzminister der Länder zur Neuordnung der Kraftfahrzeugsteuer müssen vorrangig verabschiedet werden. Kostspielige und personalaufwendige Programme der vergangenen Jahre, die nicht mehr finanziert werden können, sind

schnell und grundlegend zu verändern. Staatliche Aufgaben im Bereich der Bauverwaltung, der Wirtschaftsunternehmen, der sozialen Einrichtungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht kostengünstiger von gemeinnützigen oder privaten Trägern wahrgenommen werden können.

Nur eine deutliche Begrenzung des bereits überhöhten Staatsanteils in der Bundesrepublik Deutschland schafft den erforderlichen Spielraum für erneutes wirtschaftliches Wachstum durch höhere Investitionen, gezielte Steuersenkungen und eine aktive Politik der Vermögensbildung.

Die von SPD und FDP in den letzten Jahren beschlossene einseitige Belastung der Betriebe vor allem durch im internationalen Vergleich weit überhöhte gewinnunabhängige Steuern muß zum frühestmöglichen Zeitpunkt korrigiert werden. Die Union fordert die Einführung des Verlustrücktrages für Betriebe in das Steuerrecht, um die Investitionsfähigkeit zu steigern. Durch Obergrenzen kann dabei der Steuerausfall beschränkt werden. Die Neuordnung der Körperschaftsteuer muß ebenfalls zu einer Verbesserung der Unternehmensfinanzierung führen.

Einer aktiven Politik der Vermögensbildung kommt in diesem Zusammenhang eine doppelte Bedeutung zu. Sie ist einmal ein Beitrag zur dringend notwendigen Stärkung des Eigenkapitals in unserer Wirtschaft, zugleich soll sie durch die wachsende Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen die Verteilungskämpfe entschärfen.

Vordringlich sind Beschlüsse im Bundestag zum geltenden Steuer- und Gesellschaftsrecht, um nachhaltigere Anreize für betriebsbezogene Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern zur Vermögensbildung zu eröffnen. In einer zweiten Stufe ist dann die schrittweise Verwirklichung des Beteiligungslohnes erforderlich.

Eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik bildet in den nächsten Jahren einen Schlüssel zu Überwindung der schweren Arbeitslosigkeit. Überhöhte Tarifsabschlüsse haben in der Vergangenheit Arbeitsplätze vernichtet. In der vor uns liegenden Zeit bis zur Gewährleistung eines anhaltenden Aufschwungs sollten sich deshalb die Tarifparteien bei ihren Vereinbarungen auf die Sicherung der Realeinkommen beschränken und auf alle kostenwirksamen Nebenregelungen verzichten.

Mehr Partnerschaft

Die Wirtschaftskrise hat großen Teilen der Bevölkerung die zentrale Bedeutung sozialer Partnerschaft wieder stärker in das Bewußtsein gerückt. Neomarxistische Parolen des Klassenkampfes und der Systemüberwindung sind bis zu offiziellen Parteitagebeschlüssen der SPD wirksam geworden. Ihre negativen Folgen für die sozialen Beziehungen im Volk und trotz aller Dementis auch in gewissen Wirkungen auf die amtliche Politik — vor allem bei der Steuergesetzgebung — stellen eine ernste Belastung dar.

Die fragwürdigen gesellschaftspolitischen Kompromisse der Koalition in den Bereichen Mitbestimmung, berufliche Bildung, Wohnungswirtschaft beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und das Vertrauen in die Zukunft erheblich. Die Union vertritt statt dessen auf der Grundlage ihrer Parteitagebeschlüsse neue Konzeptionen, die an Stelle des Machtanspruchs staatlicher Bürokratien oder gesellschaftlicher Großorganisationen in erster Linie dem Freiheitsraum, der Ei-

genverantwortung und der sozialen Situation des einzelnen Bürgers dienen.

Vordringlich ist ein umfassendes Sofortprogramm von Bund und Ländern zur Verbesserung der beruflichen Chancen unserer Jugend. In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft muß es insbesondere der Schaffung neuer Ausbildungsplätze dienen. Die CDU wird hierzu konkrete Vorschläge entwickeln.

Die anhaltenden innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD zur Frage der Investitionslenkung schaffen zusätzliche Unsicherheit über die langfristigen Ziele der führenden Regierungspartei. Die CDU fordert die SPD-Führung auf, unzweideutig in dieser Frage Stellung zu nehmen und den Bestrebungen des linken Parteiflügels eine klare Absage zu erteilen.

Schließlich muß der wachsenden Bedeutung von Forschung und Technologie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als eines Hochkostenlandes besser Rechnung getragen werden.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, versteht die CDU Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik als eine Einheit. Nur das ist gesellschaftspolitisch fortschrittlich, was zugleich auch wirtschaftspolitisch vernünftig ist. Erst auf der Grundlage einer konsequenten Stabilitätspolitik durch harte Sparbeschlüsse, einer Wiedergewinnung realen Wachstums der Wirtschaft und der Neugewichtung innerhalb der beschriebenen Aufgaben gewinnt die Union den Spielraum für bestimmte Schwerpunkte zugunsten vernachlässigter Bereiche. Die Opposition hat heute eine gute Chance, durch ihren wirksamen Beitrag für eine gründliche Bestandsaufnahme und programmatische Klarheit in allen ihren Aussagen das Vertrauen der Mehrheit der Bürger zu gewinnen.

KOALITION

Mitgliederzahl der Judos stark gesunken

Vor zwei Jahren sprachen die Jungdemokraten noch von einer „Bestandsreinigung“, im letzten Jahr vom „Gesund-schrumpfen“, in diesem Jahr ist nichts mehr zu bereinigen und auch nichts mehr zu schrumpfen: Die Jungdemokraten kämpfen ums Überleben. Die Zahl der Mitglieder sank innerhalb der letzten drei Jahre von 30 000 auf jetzt 16 000 Mitglieder. Nach außen wird auch weiter Optimismus verbreitet („wir haben zwischen 20 000 und 25 000 Mitglieder...“), die internen Schwierigkeiten sind nicht mehr zu verheimlichen. Innerhalb von drei Jahren kündigten sechs Bundesgeschäftsführer ihre Mitarbeit, die FDP gibt sehr wenig Geld, und Generalsekretär Bangemann zeigt noch weniger Verständnis. So bleiben nur die Gelder aus dem Bundesjugendplan, die das sinkende Schiff notdürftig abdichten.

SPD-Senator greift den Kanzler scharf an

„Wenn ich versuchen würde, Studenten der Volkswirtschaft anerkannte Lehrsätze der Wirtschaftspolitik anhand der gegenwärtigen Praxis der Bundesregierung zu erläutern, würden die mich auslachen!“ Dies erklärte der Hamburger SPD-Gesundheitssenator (Minister) Dr. rer. pol. Wilhelm Nölling, Dozent für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Er führt den Aufstand der Fachleute gegen den Dilettantismus der SPD-Regierungs-genossen an: „Draußen in der Welt wird Helmut Schmidt als der große

Wirtschaftsordinator... bewundert“, schreibt er in einem „Bild“-Artikel. „Im eigenen Land aber scheint ihn der Mut zu verlassen. Sein FDP-Wirtschaftsminister soll mit fünf Milliarden die Konjunktur wieder ankurbeln — es ist einfach zum Lachen... Notwendig sind mindestens 20 Milliarden... Allerdings müßten die Gewerkschaften... ebenfalls ihren Beitrag leisten und auch mal einen Tarifvertrag auf vielleicht 16 Monate abschließen und sich mit Lohnerhöhungen von knapp unter der Preissteigerungsrate zufriedengeben... Das haben inzwischen sogar die radikalsten linken Systemveränderer begriffen, daß wir unser soziales System nur erhalten können, wenn es auch Gewinne gibt. Wenn jetzt nicht die völlig falschen Vorstellungen über die Bedingungen des Konjunkturaufschwungs korrigiert werden, sehe ich schwarz...“

„Totaler Bankrott“ der hessischen Bildungspolitik

Als „totale Bankrotterklärung der hessischen Bildungspolitik“ hat die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag die Aufforderung des Kultusministers Krollmann (SPD) an die Eltern bezeichnet, durch Spenden für die Beschäftigung arbeitsloser Lehrer zu sorgen. Es sei ein „geradezu erpresserischer Wink mit dem Zaunpfahl“, wenn Krollmann in diesem Zusammenhang davon spreche, daß dann auch über erweiterte Elternmitbestimmungsrechte geredet werden könnte, sagte Oppositionsführer Milde. Der Landesvorsitzende der Jungen Union Jung, meinte zu Krollmanns Anregung, die Eltern dürften kaum Verständnis für solche Appelle aufbringen, nachdem die Warnungen der Elternbeiräte vor überspannten Schulexperimenten jahrelang verächtlich abgetan worden seien.

Delegierte stritten sich vor US-Politikern

Über das Verhalten von SPD-Mitgliedern einer elfköpfigen Delegation des Bundestags-Verteidigungsausschusses bei einer Informationsreise Anfang Juli durch die USA hat die militärische Abteilung der deutschen Botschaft in Washington einen Bericht an das Bonner Auswärtige Amt geschrieben. Die CDU will die Vorfälle im Bundestag zur Sprache bringen. Durch Teilnehmer der Delegation wurde bekannt, daß es zwischen dem Delegationsleiter Erwin Horn (SPD) und seinem Parteikollegen Hermann Reiser im amerikanischen Außenministerium vor amerikanischen Politikern zu einer peinlichen Auseinandersetzung gekommen war. Dabei sollen sich die beiden Bundestagsabgeordneten in Anwesenheit der US-Gastgeber persönlich beleidigt haben.

Eine „Fünf“ für die Linke

Die Bürger in der Bundesrepublik halten den „Einfluß der Linken in der SPD“ für die negativste politische Entwicklung innerhalb der aktuellen Bundespolitik. Bei einer vom Meinungsforschungsinstitut Emnid durchgeführten Repräsentativumfrage wurde dieses Thema von den Bundesbürgern mit der Note 4,6 bewertet, wobei als Wertmesser die Schulzensuren 1 bis 6 zugrunde lagen. Die schlechtesten Zensuren bekamen nach dem „Einfluß der Linken“ die innere Sicherheit (4,0), die Wirtschaftslage (3,9), die Sozialisierungsbestrebungen (3,7) und die Ostpolitik (3,6).

Gerangel um das SPD-Parteigericht

Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im November wird zum ersten Mal auch

ein Gremium in den Sog harter politischer Positionskämpfe geraten, das früher ein eher geruhsames Windschattendasein gefristet hat: die Bundesschiedskommission. Starken Gruppen in der Partei scheint die gegenwärtige Besetzung dieses obersten Parteigerichts zu alt — oder vielmehr zu wenig links. Viele Jahre lang bewegte sich die Tätigkeit der Schiedskommission vorwiegend im personalen Bereich ohne größere politische Relevanz. Erst seit die SPD Abgrenzungsprobleme auf ihrem linken Flügel hat, bekam das oberste SPD-Gericht brisantere Akten auf den Tisch. Die linken Genossen fürchten, hier könne ganz allmählich eine Art parteiinterner Rechtsprechungskodex entstehen, der ihren Veränderungsplänen Hindernisse in den Weg legen würde. Für die Wahl in Mannheim ist ihr Kandidat für das oberste Richteramt der SPD deshalb der Altvater der linken Rebellen, Jochen Steffen. Eine Kampf-abstimmung scheint unvermeidlich.

Feddersen fordert Ausschluß Röhl's

Als einen Fall, der zur Nagelprobe für die SPD werden kann, bezeichnete der sozialdemokratische Publizist Jens Feddersen die Aufnahme des ehemaligen „Konkret“-Herausgebers Klaus Rainer Röhl in die SPD, der für seine Tätigkeit in der Bundesrepublik von der DDR mehrere hunderttausend Mark bekommen hatte. „Ein Mann, der mit dem Geld der SED aktiv gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gearbeitet hat und darauf noch stolz ist“, dürfe nicht Mitglied einer demokratischen Partei wie der SPD sein, schrieb Feddersen in der SPD-Wochenzeitung „Berliner Stimme“ und forderte, die Aufnahme Röhl's rückgängig zu machen.

■ BÜRGER HELFEN BÜRGERN

KPV ruft die Bürger zu mehr Mitverantwortung auf

Zu einer Aktion „Bürger helfen Bürgern“ hat der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, der Bundestagsabgeordnete Horst Waffenschmidt, die Mitglieder der KPV, besonders aber die kommunalen Mandatsträger aufgerufen. Waffenschmidt hofft, daß diese Aktion in allen Landesverbänden nachdrücklich unterstützt und die Kreisverbände und Fraktionen in den kommunalen Parlamenten angesprochen werden.

Um was geht es? Die Finanzsituation bei Bund, Ländern und Gemeinden wird immer schwieriger; besonders die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise ist inzwischen besorgniserregend geworden. Auf Bundesebene versucht die KPV, auch innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion alles zu tun, um die kommunale Finanzsituation zu verbessern.

Fest steht jedoch, daß diesen Initiativen Grenzen gesetzt sind, die Erfolgsaussichten sind derzeit sehr skeptisch einzuschätzen. Es besteht die große Gefahr, daß bei den notwendigen finanziellen Einschränkungen im Bereich der kommunalen Körperschaften gerade auch viele freiwillige, soziale und kulturelle Leistungen im kommunalen Bereich dem Rotstift zum Opfer fallen.

Dies muß nach Meinung Waffenschmidts die Stunde sein, zu neuer Solidarität

unter den Bürgern zur Bewältigung solcher Aufgaben aufzurufen. CDU und CSU sollten in diesem Aufgabenbereich führend sein; denn es war immer ein wesentliches Element der CDU-Politiker, den Einsatz freier Träger der Gesellschaft und die Mitarbeit von Bürgern und Bürgergruppen zu fördern. In dieser Situation sollte das vorhandene Potential an Einsatzbereitschaft und Mitarbeitswillen unter den Bürgern neu aktiviert werden. Dazu sollten überall die CDU-Fraktionen und die KPV auf Bundes- und Landesebene die Initiative ergreifen.

Auf diesem Wege sollen auch neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und freien Trägern, Bürgervereine und Bürgergruppen erprobt werden.

Der KPV-Vorsitzende vertritt die Auffassung, daß gerade im Rahmen der politischen Zielvorstellungen der Union darauf hinzuwirken ist, daß sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens der Wandel von einer fordernden Gesellschaft wieder mehr zu einer solidarischen Gesellschaft vollzieht.

In den nächsten Wochen will die KPV die bestehenden Kontakte zu Stellen der kirchlichen Sozialarbeit, der freien Wohlfahrtspflege und auch zum Bundesverband der Bürgervereine intensivieren, um auch dabei aktive Unterstützung für diese Aktion „Bürger helfen Bürgern“ zu gewinnen.

■ BILDUNG

Reformpolitik der Bundesregierung ein Scherbenhaufen

Die Bundesregierung hat die parlamentarische Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Auswirkungen des „Nullwachstums“ auf den Bildungsgesamtplan und die Bildungsfinanzierung nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der Fraktion, Anton Pfeifer, in der Sache nicht beantwortet. Die Bundesregierung hat vielmehr formal auf Entscheidungen verwiesen, die Bund und Länder in Gremien gefällt haben oder noch fällen werden, ohne daß irgendwie erkennbar wird, welchen Stellenwert die Bundesregierung der Bildungspolitik künftig noch einräumen will.

Die Bundesregierung argumentiert rein formal und bezieht keine Position mehr. Am Beispiel der Bildungspolitik zeigt sich das ganze Dilemma der Reformpolitik dieser Koalition. Nach vorsichtigen Berechnungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — und dies hat die CDU/CSU schon mehrmals der Bundesregierung vergeblich klarzumachen versucht — fehlen auf Grund des „Nullwachstums“ im Jahre 1978, dem Zieljahr der mittelfristigen Projektion, Hunderte von Millionen Mark, um allein den Besitzstand des Jahres 1973 in der Bildung halten zu können. Diese Tatsache nimmt die Bundesregierung, wie die Beantwortung der Anfrage der CDU/CSU-Fraktion eindeutig zeigt, einfach nicht mehr zur Kenntnis. Zu einer

Grundsatzentscheidung ist die Bundesregierung selbst in der Bildungspolitik, die einst Nr. 1 der Reformprojekte war, offensichtlich nicht mehr bereit.

Die Priorität für die Bildung zu sichern, heißt heute für den Bund: Zusammen mit den Ländern Daten setzen für den Finanzspielraum, der im Zusammenhang mit der künftigen Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern für die Bildung heute noch besteht, Schwerpunkte für das noch Mögliche festlegen, neue Lösungen suchen. Es heißt nicht: Sichere Entwicklungen in der Zukunft einfach ignorieren, auf Gremien verweisen, keine Grundsatzentscheidungen treffen.

Welche Reformperspektive hat die Bundesregierung denn heute noch? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auch in der Bildungspolitik zu einer ehrlichen Politik bereit. Sie hat bereits mit einer Dokumentation im Oktober 1974 die Schwierigkeiten aufgezeigt, aber gleichzeitig daraus die Konsequenzen gezogen. Priorität für die Bildung kann auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung heute nicht mehr heißen, daß alle gesteckten Ziele auch erreicht werden, aber es muß heißen, daß so viel wie möglich erreicht wird. Dazu muß man sich mehr einfallen lassen als eine formale Argumentation ohne Zukunftsperspektive.

Kultusminister Braun von Schleswig-Holstein hat kürzlich eine 2-Milliarden-Anleihe zugunsten des Bildungswesens vorgeschlagen. Wenn trotz der — oder gerade wegen der — unsicheren Wirtschaftslage immer neue Sparrekorde aufgestellt werden, dann ist dieser Vorschlag in der Tat naheliegend, zumal die Rückzahlung der Anleihe später diejenigen trifft, die heute den Nutzen aus einem verbesserten Bildungssystem ziehen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

TIME 1974: Helmut Kohl, einer der kommenden Staatsmänner in der Welt.

"Helmut Kohl,
As chairman of West Germany's
Christian Democratic Union,
Kohl is in a position
to become Chancellor...
a proponent of European integration
and partnership with the U.S."



(Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen
Union ist Helmut Kohl in der Position,
Kanzler zu werden...
er ist ein Vorkämpfer für das Vereinte Europa
und die Partnerschaft
mit den Vereinigten Staaten.)



Nachdem die Sommerpause ihrem Ende entgegengeht, stehen für die meisten CDU-Verbände schon die Termine für die nächsten Aktionen fest.

Im Vorfeld des Wahlkampfes für die Bundestagswahl 1976 kommt es darauf an, in der Öffentlichkeit in besonderer Weise auf die politischen Vorstellungen der CDU hinzuweisen.

Es gilt, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Union nicht nur die bessere Politik für unser Land anbietet, sondern es ist ebenso notwendig, deutlich zu machen, daß der Kanzlerkandidat der Union die Durchsetzung dieser Politik garantiert. Kurz: Jedes CDU-Mitglied sollte es sich zur Aufgabe machen, für Helmut Kohl als den Mann zu werben, der an der Spitze einer von CDU und CSU gestellten Bundesregierung stehen wird.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einen für diesen Zweck hervorragend geeigneten Informations- und Werbeprospekt „Helmut Kohl“ herausgegeben. Die obige Abbildung zeigt zwei aus der insgesamt 16 Seiten umfassenden Broschüre.

Sie alle wissen, wie wichtig die vor uns liegende Bundestagswahl ist. Deshalb die Bitte an alle CDU-Verbände:

Verbinden Sie mit jeder Aktion, die Sie durchführen, auch die Personalwerbung für den Kanzlerkandidaten der Union.

Wir stellen Ihnen auf der nächsten Seite erneut die Informations- und Werbemittel vor, die zur Zeit im Angebot sind und sich auf Helmut Kohl beziehen.

Helmut Kohl



Prospekt „Helmut Kohl“

In Zitaten und Bilddokumenten entwirft dieser Prospekt ein persönliches Bild Helmut Kohls. Er gibt Auskunft über

Lebenslauf

politische Grundsätze

Arbeitsstil

des Kanzlerkandidaten der Union

Umfang: 16 Seiten

Format: 27,2 x 24,4 cm

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 2353

Rednerankündigungsplakate

Vierfarbplakat Kohl

Format: DIN A 1 (59,4 x 84,1 cm)

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis: 45,— DM pro 100 Exemplare

Bestellnummer: 308

Vierfarbplakat Kohl

Format: DIN A 0 (84,1 x 118,9 cm)

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis: 75,— DM pro 100 Exemplare

Bestellnummer: 317

Personalfaltblatt

Zur Person:

„Helmut Kohl“

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis: 5,80 DM pro 100 Exemplare

Bestellnummer: 163

Broschüren

Helmut Kohl

„Unsere Politik — Deutschlands bessere Alternative“

Rede vom Mannheimer Parteitag

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3358

Helmut Kohl

„Mut für eine politische Zukunft“

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,30 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3330

Helmut Kohl

„CDU und Gewerkschaften“

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,26 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 310



Wandzeitung (vierfarbig)

„Helmut Kohl —
Kanzlerkandidat der Union“

Format: DIN A 2 quer

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 6,— DM pro 25 Exemplare

Bestellnummer: 7356

An das IS-Versandzentrum
4830 Gütersloh 1
Postfach 6666**Bestell-Coupon**

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift:

Best.-Nr.	Bezeichnung	Stückzahl	Rechnungs- summe
2353	Prospekt „Helmut Kohl“		
308	Vierfarbplakat DIN A 1		
317	Vierfarbplakat DIN A 0		
163	Personalfaltblatt „Zur Person“		
3358	Broschüre		
3330	Broschüre		
310	Broschüre		
7356	Wandzeitung		

Absender: Name

Anschrift

Unterschrift Datum

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d.
Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und
Mehrwertsteuer.

ZITATE

Stoltenbergs Alternative

Keinen anderen Vorwurf hat die Opposition so oft zu hören bekommen wie den, nicht einmal in der Krise wisse sie der Bundesregierung eine wirtschafts- und finanzpolitische Alternative entgegenzusetzen. Jetzt hat Gerhard Stoltenberg dieser Kritik den Boden entzogen. Wie es der Lage entspricht, hat er nichts Erfreulicheres als Schweiß und Tränen anzubieten. Zu den Fehlern der Regierung gibt es leider keine andere Alternative.

Die Aussagekraft seiner Vorschläge ist notwendigerweise auf die gegenwärtige Situation beschränkt. Wie während des Wiederaufbaues nach dem Kriege unter der wirtschaftspolitischen Führung Ludwig Erhards setzt die CDU/CSU auch jetzt konsequent auf eine durchgreifende Stärkung der Leistungskraft der Betriebe. Eine aktive Vermögenspolitik soll verhindern, daß sich noch einmal durch eine zu einseitige Vermögensverteilung sozialer Explosionsstoff ansammelt.

Die Opposition hat die Richtung gewiesen, aus der das Heil des Wirtschaftsaufschwungs endlich kommen könnte. Sie predigt die Rückkehr zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Wer erinnert sich noch, daß die in den letzten Jahren so oft geschmähte freie soziale Marktwirtschaft schon einmal mit einer Arbeitslosenquote von 13,5

Anschrift:

Prozent (Februar 1950) fertig geworden ist? **Die Welt**, 15. August 1975

Die Opposition hat ihre Alternative mittelfristig ausgerichtet. Das ist zweifellos eine bittere Medizin für alle jene Zeitgenossen, die sich immer wieder haben einreden lassen, Konjunktur und Prosperität seien von heute auf morgen „machbar“. Insofern ist die Alternative der Union ein Anlaß, über die kurzfristige Tageswurstelei hinaus in der Wirtschaftspolitik wieder ordnungspolitische Perspektiven zu gewinnen.

Konkret heißt das bei der Union: Keine Steuererhöhungen, weg von der Diskussion um die Investitionslenkung, Abbau des Staatseinflusses in der Wirtschaft, Aufgabe der „systemüberwindenden“, die Unternehmen diskriminierenden Experimente. Ein mutiges und richtiges Programm, von dem sich die Opposition auch nicht aus taktischen Gründen im Wahlkampf abdrängen lassen sollte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
16. August 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID